



MASTERPLAN DER BAYERISCHEN ASYLHELFER*INNEN

Die bayerischen Asylhelfer*innen veröffentlichen ihren eigenen Masterplan. Wir zeigen hier Wege auf, wie eine menschenwürdige und geordnete Asylpolitik gelingen kann – gestützt auf unsere Erfahrungen, die wir seit vielen Jahren tagtäglich vor Ort in der Asylarbeit machen.

Inklusive der „60 Forderungen zur Landtagswahl – für eine bayerische Asylpolitik mit Zukunft und Anstand“

Inhalt

*Die aufgenommenen 60 Forderungen zur Landtagswahl sind in der Reihenfolge geändert

Globale und regionale Dimensionen der Entwicklungshilfe zusammen betrachten und besser koordinieren.....	2
Geldleistungen gegenüber Sachleistungen bevorzugen, Chance von individuellen Überweisungen in die Heimatländer erkennen (Forderung 24).....	2
Arbeits- und Ausbildungsperspektiven als regionale und globale Chancen betrachten (Forderung 11).....	3
Landwirtschaftliche Subventionen als Umweltschutz- und Artenschutzbeitrag neu definieren.....	3
Gesprächskanäle zwischen lokaler Politik und globaler Entwicklungszusammenarbeit schaffen.....	4
Entwicklungshilfe nicht mit Hilfe für Flüchtlinge im Inland verrechnen.....	4
Herausgeberschaft.....	6

Globale und regionale Dimensionen der Entwicklungshilfe zusammen betrachten und besser koordinieren

Geldleistungen gegenüber Sachleistungen bevorzugen, Chance von individuellen Überweisungen in die Heimatländer erkennen (Forderung 24)

In den Erstaufnahmeeinrichtungen erhalten Asylbewerber nur ein geringes Taschengeld. Die Deckung des Lebensbedarfs erfolgt größtenteils durch zentral verteilte Sachleistungen. Essens- und Hygienepakete sind aber nicht nur teuer – sie sind auch ineffizient und bevormundend. Immer wieder kommt die Forderung auf, Geldleistungen an Flüchtlinge generell durch Sachleistungen zu ersetzen. Nicht nur, dass Sachleistungen oft sehr an den Bedürfnissen der Asylbewerber*innen vorbeigehen, es führt auch dazu, dass diese sich gezwungen sehen, benötigte Dinge auf anderem Wege zu beschaffen.

Eine Zunahme von Ladendiebstählen in lokalen Geschäften kann eine Folge davon sein. Ein häufiges Argument für Sachleistungen an-

statt Geldzahlungen ist: Viele Asylbewerber*innen sparen einen Teil des Geldes, um ihre Familie im Herkunftsland zu unterstützen. Jedoch ist auch das nicht verwerflich, sondern im Gegenteil sehr zu begrüßen. Mittlerweile übertreffen solche Zahlungen von Migrant*innen weltweit die Summe der globalen Entwicklungshilfe um mehr als das Dreifache: Auf lange Sicht kann dies zu mehr globaler Gerechtigkeit führen, wenn man diesen Prozess auf intelligente Weise steuert und verhindert, dass Staaten von diesen globalen Geldtransfers abhängig werden. Bedenken, dass die Wirtschaften der Fluchtländer auf diese Weise abhängig von solchen privaten Zahlungen werden und sich die dortigen Staaten von ihren sozialen Aufgaben zurückziehen, muss man sehr ernst nehmen. Oft erreichen die Zahlungen jedoch einen Raum, in dem staatliche Strukturen ohnehin angegriffen sind oder der Staat seine sozialen Aufgaben nicht ausreichend wahrnimmt/ wahrnehmen kann. Individuelle Geldzahlungen von Flüchtlingen an ihre Familien sind in jedem Fall besser als pauschale staatliche Zahlungen an Fluchtländer, die hauptsächlich in den Grenzschutz fließen. Diese persönlichen Geldtransfers versickern nicht in der Korruption, sondern kommen direkt Menschen zugute, die das Geld benötigen. Wir wollen Asylbewerber*innen in Deutschland nicht zu Almosenempfängern erziehen, und ihre Angehörigen in den Herkunftsländer auch nicht. Im Gegenteil: Am besten ist es, wenn Flüchtlinge im Rahmen ihrer Möglichkeiten für ihre Geldzahlungen arbeiten und arbeiten dürfen.

„DIE ÜBERWEISUNGEN SIND EINE LEBENSADER FÜR MILLIONEN VON FAMILIEN. SIE SIND DANN NÜTZLICH, WENN DIE REGIERUNGSFÜHRUNG GUT IST. DEREN QUALITÄT SOLLTE ALSO IM FOKUS STEHEN.“ – Ralph Chami

Link 1: [Interview mit IWF-Ökonom Chami \(01.10.2018\)](#)

Link 2: [Welt.de zu Geldtransfers von Migranten \(30.06.2018\)](#)

Arbeits- und Ausbildungsperspektiven als regionale und globale Chancen betrachten (Forderung 11)

Die Investition in die berufliche Bildung ist stets sinnvoll – unabhängig davon, wie lange eine Person tatsächlich in Deutschland bleibt. Spätestens bei der Rückkehr profitieren das Heimatland und die zurückkehrende Person von ihren in Deutschland erworbenen Qualifikationen. Wer daher arbeiten möchte und eine Arbeit oder Ausbildung in Aussicht hat, soll tatsächlich die Möglichkeit dazu haben. Um den Arbeitgebern und Geflüchteten Planungssicherheit zu geben, müssen erteilte Arbeits- und Ausbildungsgenehmigungen auch dann noch gelten, wenn der Asylantrag abgelehnt wurde. Denn auch nach der Ablehnung bleiben Geflüchtete in der Regel noch viele Monate bis Jahre in Deutschland. Diese Zeit gilt es zu nutzen – für die Zeit in Deutschland oder für das spätere Fußfassen im Heimatland.

Landwirtschaftliche Subventionen als Umweltschutz- und Artenschutzbeitrag neu definieren

Subventionen an europäische Landwirtschaftsbetriebe stehen aus vielerlei Gründen in der Kritik. Sie führen zu einer Überproduktion an landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die zu viel für den europäischen Konsum sind und deswegen entweder weggeworfen oder billig in andere Teile der Welt exportiert werden. Auf diese Weise zerstören sie dortige kleinbäuerliche Strukturen, da dort angebaute Produkte preislich nicht mit den subventionierten Erzeugnissen aus europäischer

„DIE DERZEITIGEN DIREKTZAHLUNGEN AN DIE BAUERN SIND EIN ANACHRONISMUS. SIE UNTERLIEGEN KEINEN VERNÜNFTIGEN KRITERIEN, UND SIE SIND UNGERECHT, WEIL SIE EINFACH PRO HEKTAR BEZAHLT WERDEN.“ –

Agrarexperte Harald Grethe

Link: [Zeit-Interview mit Harald Grethe \(17.01.2018\)](#)

Landwirtschaft mithalten können. Subventionen in Deutschland und Europa haben also einen direkten Einfluss auf globale Gerechtigkeit in der Landwirtschaft und auf das Überleben lokaler Kleinbauernstrukturen weltweit. Wer Fluchtgründe bekämpfen will, sollte auch hier ansetzen. Bedenklich sollte hier das Verhältnis der geplanten Mittel stimmen: Von 2021 bis 2027 sind im EU-Haushalt 370 Milliarden Euro für Agrarzahungen in der EU vorgesehen. Für die gesamte europäische Afrikapolitik lediglich 39 Milliarden Euro. Zudem kommt, dass die Subventionen das Sterben landwirtschaftlicher Betriebe in Europa nicht verhindern konnten: Seit 1991 haben die Hälfte aller landwirtschaftlichen Betriebe aufgegeben. Dies liegt mit Sicherheit auch daran, dass die Subventionen bisher direkt an die Betriebe ausbezahlt werden, und zwar pauschal pro Hektar. Davon profitieren vor allem die Großbetriebe – die kleineren Betriebe, die im Verhältnis mehr Menschen beschäftigen und extensiv wirtschaften, haben das Nachsehen. Landwirt*innen kommt im 21. Jahrhundert eine Schlüsselrolle zu. Sie sind nicht nur für eine (gesunde) Ernährung von weltweit immer mehr Menschen verantwortlich, sie können auch einen unschätzbaren Beitrag zur Pflege der Umwelt und zum Schutz der Artenvielfalt leisten. Hierfür aber ist ein Übergang zu einer nachhaltigeren und global gerechteren Landwirtschaft notwendig. Dieser Übergang aber darf nicht auf dem Rücken von Landwirt*innen selbst geschehen. Subventionen sind immer ein gefährliches Mittel, da sie die Empfänger*innen dauerhaft von diesen

Geldzahlungen abhängig zu machen drohen. Dennoch kostet die ökologische Transformation viel Geld und erscheint vorerst ohne finanzielle Unterstützung nicht machbar. Ein unmittelbar notwendiger Schritt aber ist, den Zweck der Geldzahlungen neu zu definieren. Eine Gemeinwohlprämie, wie sie in Schleswig-Holstein erprobt wurde, kann daher auch ein deutsches oder ein europäisches Modell sein. Europäische Landwirt*innen bauen keine Lebensmittel an, damit diese später weggeworfen werden oder um landwirtschaftliche Betriebe in anderen Teilen der Welt in den Ruin zu treiben. Im 21. Jahrhundert gibt es wichtige Aufgaben: Dazu zählt der Schutz der natürlichen Bodenfruchtbarkeit, indem man Fruchtfolgen einhält, aber Monokulturen und Überdüngung vermeidet. Dazu zählt der Schutz der biologischen Vielfalt, indem man ökologische Ausgleichsflächen schafft und pflegt. Wichtig ist außerdem der Schutz des Tierwohls, indem man Tieren genügend Raum zum Leben bietet und auch sonst Richtlinien und Erkenntnissen tiergerechter Landwirtschaft folgt. Zentral ist natürlich die Sicherstellung der weltweiten Ernährung durch die Produktion von Lebensmitteln, die der Veränderung des Klimas standhalten, aber trotzdem nachhaltig sind. Alle diese Aufgaben kosten Geld. Geld für diese Aufgaben ist genug da, man muss es nur sinnvoll einsetzen – und je länger man sich mit diesen Themen beschäftigt, desto mehr fallen gemeinsame Interessen von Landwirt*innen rund um den Globus ins Auge.

Gesprächskanäle zwischen lokaler Politik und globaler Entwicklungszusammenarbeit schaffen

Dass kommunale Geldzahlungen unter Umständen Fluchtursachen beseitigen helfen und so auf lange Sicht auch der Kommune selbst zugutekommen, ist nicht einfach nachzuvollziehen. Wir können Stadt- und Landräte verstehen, die zuallererst an die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung denken, von der sie ja auch gewählt werden. Doch Kommunalpolitik muss heutzutage stärker denn je global denken. Bei einer solchen Politik brauchen die Verantwortlichen finanzielle und organisatorische Unterstützung. Es ist fatal, dass der Austausch zwischen kommunaler und internationaler Politik kaum institutionell gefördert wird. Zuerst sollte ein Ziel sein, mehr Gesprächskanäle zwischen lokaler Politik und globaler Entwicklungszusammenarbeit zu schaffen, die bislang kaum bestehen. Nur so lässt sich Expertise austauschen und gegenseitige Akzeptanz schaffen. Anfänge in diese Richtung bestehen schon, z.B. in den [Kommunen in der einen Welt](#). Wir sollten solche Initiativen fördern und weiter ausbauen.

Entwicklungshilfe nicht mit Hilfe für Flüchtlinge im Inland verrechnen

Die europäische Flüchtlingspolitik ist mit einem grundsätzlichen Problem konfrontiert: neun von zehn fliehenden Menschen weltweit erscheinen kaum auf ihrem Radar. Nach Europa schaffen es meist nur die Stärksten, diejenigen, die sich die Flucht finanziell leisten können, über eine gute Physis verfügen, und oft genug auch die am besten Ausgebildeten. Der Migrationsforscher Alexander Betts und der Ökonom Paul Collier beschreiben in ihrem Buch „Gestrandet“ einige der Gefahren, die durch eine auf Europa fokussierte Flüchtlingspolitik entstehen. Mit großem sozialem und finanziellem Aufwand müssen Flüchtlinge in eine ihnen in vielen Dingen fremde Gesellschaft integriert werden. Es besteht dadurch das Risiko, dass diese Integrationsleistung zu viele Ressourcen bindet, sodass Europa der

Mehrheit der weltweiten Flüchtlinge, die unter Umständen Hilfe noch nötiger bedürfen, nicht mehr wirkungsvoll helfen kann. Deutschland etwa gebe für jeden Flüchtling im eigenen Land über hundertmal mehr aus, als die Vereinten Nationen im Schnitt für die Versorgung zur Verfügung haben. Schweden, so Collier, habe sein Entwicklungshilfebudget halbiert, um die Kosten für die Asylsuchenden zu decken: „Im Grunde“, so Bretts und Collier, „zahlten also Millionen sehr armer Menschen auf der ganzen Welt für die Sozialleistungen auf skandinavischem Niveau, die den Tausenden zugutekamen, die das Glück gehabt hatten, Schweden zu erreichen.“ Verschärft werde das Problem dadurch, dass sich unter den nach Europa fliehenden Menschen auch Arbeitsmigrant*innen im klassischen Sinne befinden. Collier und Bretts fordern deshalb eine andere Art der Asylpolitik, die Flüchtlingen möglichst nahe ihren Herkunftsländern hilft, wo eine stärkere kulturelle und wirtschaftliche Verbundenheit besteht und die Chancen größer sind, dass Flüchtlinge später wieder in ihr Heimatland zurückkehren. Flüchtlingslager, in denen Flüchtlinge ein passives Leben fristen müssen, lehnen beide strikt ab. Effektive Flüchtlingshilfe bedeute, möglichst heimatnah Arbeitsmöglichkeiten für Flüchtlinge zu schaffen, die letztlich auch den Bewohner*innen der dortigen Aufnahmeregionen und -länder zugutekämen. Zuerst aber, so Collier und Bretts, müssen dringend die internationalen Flüchtlingskonventionen neu definiert werden – ein neues Asylrecht sollte neben Verfolgung auch Klimawandel und Staatszerfall als Fluchtgründe anerkennen. Ein solches Recht auf Schutz soll den Autoren zufolge aber nur eine Art „Normalität“ wie vor der Flucht herstellen – ein Recht auf eine Verbesserung des Lebensstandards, wie sie sich Arbeitsmigrant*innen versprechen, bestehe aber nicht. Collier und Bretts bieten mit ihrem Buch „Gestrandet“ einige wichtige Perspektiven, als Gesamtentwurf einer zukünftigen europäischen Flüchtlingspolitik überzeugt es aber nicht. Die meisten zu diesem Themenfeld Forschenden sind sich einig, dass Flüchtlingshilfe möglichst nahe an den Fluchtländer besser ist. Aber die ethischen Fragen, was geschehen soll, wenn eine solche Hilfe nicht möglich ist, beantworten die beiden Forscher nicht – auch nicht, wie sich Europa angesichts der hohen Flüchtlingszahlen um das Jahr 2015 hätte besser verhalten können. „Ausschiffungsplattformen“ im zerfallenden Staat Libyen sind bestimmt nicht die Lösung. „Humanitäre Silos“, wie Bretts und Collier sie nennen, in denen Flüchtlinge zu einem passiven Alltag im Flüchtlingslager gezwungen sind, dürfen nirgendwo entstehen – weder in Jordanien oder in Libyen, noch auf Lesbos, noch in Bayern. Nötig ist eine europäische Politik, die sich der doppelten Herausforderung stellt, und sowohl Perspektiven für die als Flüchtlinge nach Europa gekommenen Menschen schafft, als auch sich zukünftig Flüchtlinge möglichst nahe ihrer ursprünglichen Heimat zu helfen. Die Hilfe für Flüchtlinge innerhalb Europas einzuschränken, mit dem Argument, dass es außerhalb von Europa Menschen gebe, denen es noch schlechter geht, ist nicht fair. Eine solche Argumentation führt an der heutigen Realität vorbei, dass es schlicht zwei Gruppen von Flüchtlingen gibt – innerhalb und außerhalb von Europa –, die eine unterschiedliche Art der Hilfe bedürfen, aber beide eben Hilfe benötigen. Schon lange kritisieren Menschenrechtsorganisationen die Verrechnung von Entwicklungshilfe mit inländischer Flüchtlingshilfe – was 2017 auch die OECD veranlasste, die zulässigen Berechnungsmethoden neu zu präzisieren. Es ist ein gutes Zeichen, dass Deutschland

„DEUTSCHLAND WIRD ZUM GRÖßTEN EMPFÄNGER DER EIGENEN ENTWICKLUNGSHILFE.“ – Welt-Sichten am 13.04.2016

Link1: [Bericht über Verrechnung von Flüchtlingshilfe und ODA](#)

Link 2: [Neue OECD-Kriterien zur Berechnung von ODA \(2017\)](#)

Es ist ein gutes Zeichen, dass Deutschland

inzwischen mehr Entwicklungshilfe zahlt als vor 2015, auch wenn man die Hilfe für Flüchtlinge im Inland herausrechnet. Ein noch besseres Zeichen wäre es jedoch, wenn Deutschland das Ziel von 0,7 Prozent des BIPs für Entwicklungshilfe erreichen und die beiden Posten Inlandshilfe und Entwicklungshilfe noch konsequenter trennen würde (vgl. Link zu den [aktuellen Zahlen](#)).

Herausgeberschaft

Bamberger Mahnwache Asyl

Kontakt: es.sind.wir@gmail.com

In wesentlichen Teilen geht der Text des „Masterplans der bayerischen Asylhelfer*innen“ auf die „60 Forderungen zur Landtagswahl – für eine bayerische Asylpolitik mit Zukunft und Anstand“ zurück. Diese wurden im September 2018 veröffentlicht und von 103 Asylorganisationen in Bayern unterstützt.